



## Protokoll der 3. Sitzung des Einwohnerrates

vom 31. Oktober 2012, 17.00 Uhr, im Landratssaal

---

**Anwesend:** 36 Mitglieder

**Entschuldigt:** Ratsmitglieder Michael Bischof (FDP), Corinne Hügli (CVP/EVP/GLP), Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP), Elisabeth Spiess (GL)

| Traktanden   | Laufnummer            |
|--|-----------------------|
| 1. Protokoll der Ratssitzung vom 29.08.2012<br><i>://: Das Protokoll wird genehmigt.</i>   | -                     |
| 2. Vertrag über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)<br>Kreis Liestal – Bericht der Kommission Gemeindeordnung und Regle-<br>mente (GOR)<br><i>://: Der KESB-Vertrag wird mit grossem Mehr genehmigt.</i>   | 2012/220<br>2012/220a |
| 3. Verbund eines gemeinsamen Regionalen Führungsstabes (RFS) und<br>Zivilschutzes (ZS) Ergolz – Bericht der Kommission Gemeindeordnung<br>und Reglemente (GOR)<br><i>://: Dem Verbund wird einstimmig zugestimmt.</i>  | 2012/8<br>2012/8a     |
| 4. Sitzungsentschädigung des Einwohnerrates und seiner Kommissionen<br>der Amtsperiode 2012-2016; Verfahrenspostulat Ratsbüro<br><i>://: Die Sitzungsentschädigungen werden antragsgemäss beschlossen.</i>   | 2012/13               |
| 5. Stadtrat-Mandatsentschädigung: Festlegung / Entschädigungsregle-<br>ment: Genehmigung von formellen Revision<br><i>://: Die Stadtratmandatsentschädigungen ab dem 01.07.2012 werden<br/>mit grossem Mehr beschlossen und die formelle Revision des Ent-<br/>schädigungsreglementes gemäss den Einwohnerratsbeschlüssen vom<br/>28.06.2008 mit grossem Mehr genehmigt.</i> | 2012/7                |
| 6. Tierpark Weihermätteli, künftige finanzielle Unterstützung<br><i>://: Der Rat bewilligt grossmehrheitlich die jährliche Unterstützung des<br/>Tierparks Weihermätteli in der Höhe von CHF 35'000.- zugunsten der<br/>Stiftung Tierpark Weihermätteli.</i>   | 2012/15               |
| 7. Schulanlage Fraumatt, Genehmigung Investitionskredit von TCHF 700<br><i>://: Mit 18 Ja-Stimmen bei 17 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung be-<br/>schliesst der Rat die Überweisung der stadträtlichen Vorlagen an die<br/>BPK zur Vorberatung.</i>   | 2012/16               |
| 8. Tiergartenstrassen-Sanierung - Genehmigung von Krediten für Was-<br>serleitung (TCHF 486), Kanalisation (TCHF 540) und Strassenbau<br>(TCHF 180)<br><i>://: Die stadträtliche Vorlage wird mit 24 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-<br/>Stimmen an die BPK zur Vorberatung überwiesen.</i>  | 2012/17               |

9. Quartierplanung Mühlematt, Beschlussfassung 2012/18  
*://: Einstimmig wird die Vorlage des Stadtrates zur Vorberatung an die BPK überwiesen.*
10. Erbringung der stadtpolizeilichen Aufgaben in der Stadt Liestal durch die Polizei Basel-Landschaft ab dem 1. Januar 2013 2012/19  
*://: Vom Projektbericht „Eine Polizei in Liestal“ nimmt der Rat mit grossem Mehr Kenntnis.*
11. Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend Trägerschaft Kinderkrippenplätze – Bericht Stadtrat 2006/121a-d  
*://: Vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2006/121e wird mit grossem Mehr Kenntnis genommen und mit grossem Mehr dem Antrag für eine Abschreibung des Postulates zugestimmt.* 2006/121e
12. Postulat betreffend überdimensionierten Parkplatz-Anlagen rund um die kantonalen Verwaltungsgebäude und Spitäler von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion 2012/9  
*://: Einstimmig wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen.*
13. Postulat betreffend Einführung von Tempo 30 an der Seltisbergerstrasse von Regula Nebiker namens der SP-Fraktion 2012/11  
*://: Das Postulat wird mit 21 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.*
14. Bericht zur Interpellation von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Neubau Mobilfunkkommunikationsanlage im Dachraum Kaserne 2012/12  
*Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.*
- Postulat von Michael Bischof der FDP-Fraktion betreffend Machbarkeitsstudie zur Überdeckung des Burgeinschnittes im Rahmen des Ausbaus auf vier Geleise der SBB 2012/10  
*://: Das Geschäft wird von der Traktandenliste abgesetzt.*

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) begrüsst die Ratsmitglieder zur 3. Sitzung im laufenden Amtsjahr.

### **Mitteilungen des Ratsbüros**

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) orientiert kurz über einige Punkte:

- Das Budget 2013 mit integriertem Jahresprogramm 2013 ist vom Büro der FIKO und der BPK zur Vorberatung überwiesen worden. Die Vorlage Nr. 2012/14 ist den Ratsmitgliedern Ende letzter Woche zugestellt worden. Das Budget ist auf der Homepage von Liestal unter [www.liestal.ch/portrait/finanzen](http://www.liestal.ch/portrait/finanzen) auch elektronisch verfügbar.
- Das Jahresschlussessen findet am 30. Januar 2013 im Hotel/Restaurant Seiler (Radackerhof) statt. Die Einladungen werden an der nächsten Ratssitzung verteilt.
- Der vom Vizepräsidenten organisierte Einwohnerratsausflug findet am 1. Juni 2013 statt. Die Ratsmitglieder konnten sich zu den beiden vorgeschlagenen Programmvarianten äussern und werden noch eine Einladung zu diesem Anlass erhalten.
- Ratsmitglied Corinne Hügli (CVP/EVP/GLP) hat einen Sohn geboren, weshalb sie sich für die heutige Ratssitzung entschuldigen lässt. Der jungen Familie wird an dieser Stelle nochmals das Beste für die Zukunft gewünscht.
- Ratsmitglied Enrico Kiefer (FDP) hat mit Schreiben vom 29.10.2012 seinen Rücktritt per Ende Oktober 2012 erklärt. Das Demissionsschreiben wird verlesen und dem zurücktretenden Ratskollegen die geleisteten Arbeiten als Ratsmitglied verdankt.
- Ratskollegin Elisabeth Spiess (GL) hat mit Schreiben vom 29.10.2012 ihren sofortigen Rücktritt erklärt und sich für die heutige Ratssitzung entschuldigen lassen. Das Rücktrittsschreiben wird verlesen und der zurücktretenden Kollegin die geleisteten Arbeiten im Einwohnerrat verdankt.
- Geschäftsreglement Einwohnerrat: Gemäss Beschluss des Büros sind die Fraktionen aufgefordert, bis spätestens am 03.12.2012 ihre Änderungswünsche per Mail an den Ratschreiber zu schicken, damit das Büro an seiner Sitzung vom 13.12.2012 darüber beschliessen kann, welchen Antrag es dem Einwohnerrat unterbreiten wird.
- Ton-Protokoll: Anlässlich der letzten Bürositzung hatte es sich gezeigt, dass einige Unsicherheiten betreffend den Auswirkungen einer Umstellung vom schriftlichen Protokoll der Ratssitzungen auf das Tonprotokoll vorhanden sind. Die Fraktionspräsidenten werden gebeten, dem Ratspräsidenten und Ratsschreiber die Haltung ihrer Fraktion zu diesem Thema bis spätestens nächsten Dienstag, 06. November 2012, per E-Mail bekannt zu geben, damit das Büro an der nächsten Sitzung das weitere Vorgehen beschliessen kann.
- Unbestrittene Anträge wird er als Ratspräsident gemäss § 83 Abs. 4 des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates auch künftig als angenommen erklären.

- Stellen von Sachanträgen durch Kommissionen/Ratsmitglieder: Als Folge einiger Unsicherheiten anlässlich der Antragstellung der FIKO an den Rat im Zusammenhang mit der Sanierung des Schulhauses Frenke laden Ratspräsident Gerhard Schafroth und Stadtpräsident Lukas Ott die Präsidenten und Vizepräsidenten aller ständigen Kommissionen (FIKO, BPK, GPK und GOR) sowie Daniel Schwörer der Stabsstelle Gemeinden, Vizepräsident Hanspeter Stoll, Stadtverwalter Benedikt Minzer und Ratsschreiber Marcel Jermann zu einem runden Tisch ein. Zur definitiven Festlegung des Datums dieser Veranstaltung werden die Präsidien gebeten, zu Beginn der Pause beim Ratspräsidenten vorbei zu kommen.

### **Tischpapiere**

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, blau
- Flyer „Weltküche“ vom 03.11.2012
- Einladung zur Sportlerehrung vom 23.11.2012
- Einladung zum Empfang von Nationalratspräsidentin Maya Graf vom 28.11.2012
- Vorlagen Nr. 2012/20 – Nr. 2012/21

### **Stimmzähler/innen**

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- |                         |  |
|-------------------------|--|
| - Güngör Canan (SP)     | A: Seite FDP + Präsident/Vizepräsident |
| - Lerf Heinz (FDP)      | B: Mitte                               |
| - Meyer Hanspeter (SVP) | C: Seite SP, Grüne                     |

### **Neue persönliche Vorstösse**

- Interpellation zur aktuellen Verkehrssituation in Liestal von Diego Stoll namens der SP-Fraktion (Nr. 2012/20)
- Postulat zur Aufwertung des Zeughausplatzes von Diego Stoll der SP-Fraktion (Nr. 2012/21)

### **Mitteilungen des Stadtrates**

Vom Stadtrat sind keine Mitteilungen zu machen.

## Traktandenliste

- **Postulat betr. Machbarkeitsstudie zur Burgeinschnitt-Überdeckung (Nr. 2012/10)**

Sabine Sutter (FDP) stellt den Antrag, dass das Geschäft bzw. das Postulat Nr. 2012/10 betreffend der Burgeinschnitt-Überdeckung auf die nächste Ratssitzung vertagt wird, da sich Postulant Michael Bischof für die heutige Sitzung entschuldigen lassen musste.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt und das Traktandum Nr. 13 bzw. Postulat Nr. 2012/10 von der Traktandenliste der heutigen Ratssitzung abgesetzt.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass bezüglich der Traktandenliste für die heutige Sitzung keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 17. Oktober 2012 mit der beschlossenen Änderung genehmigt.

**24 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**1. Protokoll der Ratssitzung vom 29.08.2012**

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) informiert darüber, dass betreffend dem Protokoll der letzten Sitzung keine Änderungsanträge beim Büro eingegangen sind, weshalb das Büro dem Rat die Protokoll-Genehmigung beantragt.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 29.08.2012 wird einstimmig genehmigt.

**25 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**2. Vertrag über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)  
Kreis Liestal – Bericht der Kommission Gemeindeordnung und Reg-  
lemente GOR (Nr. 2012/220, Nr. 2012/220a)**

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

John Brunner (SVP) stellt als Kommissionspräsident den GOR-Bericht vor: Der vorliegende KESB-Vertrag lässt nicht viel Spielraum für die Gemeinden offen, da in diesem wesentlich die gesetzlichen Vorgaben von Bund und Kanton umschrieben sind. Auch können die Gemeinden nicht darüber bestimmen, ob sie eine KESB wollen oder nicht. Bereits ab 1.1.2013 wird die KESB operativ tätig werden. Gemäss Mitteilung der nationalen Koordinationsstelle gab es im vergangenen Jahr 2011 rund 16'200 Fälle an Kindesschutzmassnahmen, was einer Zunahme gegenüber dem Jahre 2002 von rund 50 Prozent entspricht. Solche Zahlen geben sicher zu denken. Der Kommissionsbericht ist kurz und bündig abgefasst. Die GOR unterstützt den stadträtlichen Antrag für eine Genehmigung des vorliegenden KESB-Vertrages.

Walter Leimgruber (SP) teilt mit, auch seine Fraktion wird dem KESB-Vertrag zustimmen und lobt das initiative Vorgehen des Stadtrates im Zusammenhang mit der Bildung des KESB-Verbundes. Der Genehmigungsstand der übrigen Vertragsgemeinden ist nicht bekannt. Eine erhöhte Professionalisierung der Vormundschaftsbehörden ist wichtig und sinnvoll. Gemäss Vertrag können im Zusammenhang mit dem Vollzug auch Dritte beauftragt werden, was jedoch im Zusammenhang mit der Mandatsführung nicht möglich ist. Hinsichtlich den zu erwartenden Kosten gibt es insbesondere im Fallbereich verschiedene Unbekannte. In der Vergangenheit sind verschiedentlich freiwillige Mandatsträger für das Vormundschaftswesen gesucht worden. Diesen sollte nun die Abgabe ihrer Mandate auch zielgerichtet und schonend beigebracht werden.

Lisette Kaufmann (GL) sagt, auch ihre Fraktion stimme dem KESB-Vertrag zu. Im Beobachter war kürzlich zu lesen, dass im Zusammenhang mit dem Systemwechsel von den Vormundschaftsbehörden zu den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB verschiedentlich Akten verschwunden sind. Der Übergabe und Archivierung der Vormundschaftsbehörde-Akten muss deshalb die gebührende Beachtung geschenkt werden.

Stadträtin Marion Schafroth hält fest, dass die Umsetzung des Bundesrechts den Gemeinden tatsächlich keinen grossen Spielraum lässt. Der KESB-Vertrag ist ein öffentlich-rechtlicher Vertrag und muss von allen Vertragsgemeinden genehmigt werden. Bezüglich dem Genehmigungsstand der übrigen Gemeinden habe sie bis anhin noch keine Negativmeldung erhalten. Auch kann sie bestätigen, dass die Kostenentwicklung tatsächlich nur schwer geschätzt werden kann, hingegen müssen sich die Gemeinden bewusst werden, dass die Professionalisierung des Vormundschaftswesens mehr kosten wird. Der Kostenverteiler ist in § 15 des Vertrages geregelt. Die Rechnungs- und Geschäftsprüfung ist in § 11 des Vertrages geregelt. Hinsichtlich der Aufträge an Dritte geht Liestal davon aus, dass die Arbeiten auch weiterhin von stadteigenen Angestellten erledigt werden. Der Problematik bezüglich der Aktenübergabe ist man sich durchaus bewusst und wird deshalb auch die entsprechenden Vorkehrungen treffen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) möchte wissen, weshalb der KESB-Vertrag nur für 5 Jahre abgeschlossen wird, ob die internen Audits entfallen und was mit den Angestellten der bisherigen Vormundschaftsbehörden passiert.

Hanspeter Meyer (SVP) informiert darüber, dass eine Minderheit der SVP-Fraktion dem KESB-Vertrag aus grundsätzlichen Überlegungen nicht zustimmen wird. Beim vorliegenden Geschäft handelt es sich wiederum um ein typisches Geschäft, mit welchem zusätzliche Kosten generiert werden und die bisherige Freiwilligenarbeit einfach mit einer Professionalisierung abgewürdigt wird.

Stadträtin Marion Schafroth nimmt bezüglich der mehrjährigen Vertragsdauer an, dass ein mehrjähriger Vertrag angesichts der riesigen Aufbauarbeit sicher Sinn macht. Der KESB-Vertrag verlängert sich nach den ersten fünf Jahren jeweils stillschweigend um zwei Jahre, wird dieser nicht von einer Vertragsgemeinde gekündigt. Herr Daniel Trachsel ist als bisheriger Vormundschaftssekretär der Stadt Liestal bereits als neuer KESB-Mitarbeiter angestellt worden.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Gemäss den Anträgen des Stadtrates und der GOR-Kommission genehmigt der Rat mit grossem Mehr den Vertrag über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Kreis Liestal.

**26 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**3. Verbund eines gemeinsamen Regionalen Führungsstabes (RFS) und Zivilschutzes (ZS) Ergolz – Bericht der Kommission Gemeindeordnung und Reglemente GOR (Nr. 2012/8, Nr. 2012/8a)**

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

John Brunner (SVP) stellt als Präsident den GOR-Bericht vor: Ergänzend kann darüber informiert werden, dass die Gemeindeversammlung Lausen am 12.09.2012 der Verbundlösung bereits zugestimmt hatte. Der Ergolz-Verbund sollte am 1. Januar 2013 operativ tätig werden. Die Verbundlösung sollte auch für Liestal finanzielle und personelle Vorteile mit sich bringen. Auch die GOR unterstützt den stadträtlichen Antrag für eine Genehmigung des neuen Vertrages. Im Kommissionsbericht sind zwei Vorbehalte der GOR betreffend dem Vertragswerk aufgeführt, doch wurde darauf verzichtet, diesbezüglich einen Änderungsantrag zu formulieren.

Patrick Mägli (SP) führt aus, seine Fraktion unterstütze die Zivilschutz-Verbundlösung und stimmt dem vorliegenden Vertragswerk zu. Auch bei diesem Geschäft werden kommunale Aufgaben an einen Verbund delegiert. Solche Verbünde sind häufig oft exekutivlastig, nicht sehr transparent und zu einem grossen Teil auch der demokratischen Kontrolle und Mitsprache entzogen. Beim vorliegenden Geschäft ist es das kleinere Übel und die Vorteile überwiegen, doch muss man sich wirklich fragen, ob die heutigen Gemeindestrukturen noch zeitgemäss sind. Beim Zivilschutz werden den Gemeinden Vorgaben von Bund und Kanton gemacht, wobei insbesondere der Kanton Maximallösungen anstrebt. Seit 10 Jahren ist der Zivilschutz im Kanton Basel-Landschaft am besten ausgebaut und verfügt über die längsten Dienstzeiten. Die Folgekosten müssen von den Gemeinden bezahlt werden. Viele Zivilschutzdienstleistenden können bestätigen, dass der Zivilschutz sehr ineffizient ist und die Einsatzbereitschaft im Katastrophenfall ebenfalls ziemlich fragwürdig ist. Eine möglichst grosse Professionalisierung der heutigen Zivilschutzaufgaben wäre kostengünstiger und auch effizienter. Es wäre deshalb an der Zeit, dass auch einmal der Landrat den Zivilschutz bei nächster Gelegenheit einmal genauer unter die Lupe nehmen würde.

Lisette Kaufmann (GL) führt aus, ihre Fraktion erachte den Zusammenschluss als sehr positiv und würde es begrüßen, wenn sich dem Verbund auch weitere Gemeinden anschliessen würden. Dem Vertrag wird man zustimmen.

Martin Spiess (FDP) orientiert, auch seine Fraktion wird dem Vertrag der beiden Verbundgemeinden zustimmen. Man hofft natürlich, dass mit dieser Lösung auch Geld eingespart werden kann. Begrüssenswert wäre es, wenn solche Verträge und Vorlagen dem Rat künftig etwas früher zur Beratung und Beschlussfassung unterbreitet würden.

Andreas Lirgg (SVP) sagt, auch die SVP-Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates und der GOR zustimmen. Der Beitritt zusätzlicher Gemeinden zum neuen Verbund wäre wünschenswert.

Stadträtin Marion Schafroth ist froh über die positiven Rückmeldungen der Fraktionen. Die Verbundlösung macht aus verschiedenen Gründen Sinn, bringt es aber mit sich, dass eine zusätzliche 100%-Stelle geschaffen werden muss. Dennoch wird der Verbund für Liestal mehr als kostenneutral sein. Eine paritätische Kommission mit Vertretern von Lausen und Liestal wird die Arbeiten überwachen, Liestal zeichnet als Leitgemeinde verantwortlich und Lausen wird der operationelle Stützpunkt sein. Der Rat wird jährlich im Amtsbericht über den Verbund Ergolz informiert, für die Rechnungsprüfung wird die FIKO verantwortlich zeichnen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) möchte wissen, ob der Stützpunkt bei der Zollschule in Liestal aufgelöst wird.

Stadträtin Marion Schafroth verneint die Frage und informiert darüber, dass jede Gemeinde ihre bisherigen Stützpunkte behalten wird.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Gemäss den Anträgen des Stadtrates sowie der GOR-Kommission stimmt der Rat einstimmig dem „Vertrag eines gemeinsamen Führungsstabes und einer gemeinsamen Zivilschutzkompanie“ mit Inkrafttreten per 01.01.2013 zu.

**27 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**4. Sitzungsentschädigung des Einwohnerrates und seiner Kommissionen der Amtsperiode 2012-2016, Verfahrenspostulat Ratsbüro (Nr. 2012/13)**

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist. Sollte die Vorlage des Büros Anlass zu grösseren Diskussionen geben, so würde es sicher Sinn machen, das Geschäft der FIKO zur Vorberatung zu überweisen.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass seine Fraktion dem Antrag des Büros zustimmen wird.

Heinz Lerf (FDP) hält fest, dass auch die FDP-Fraktion dem Büro-Antrag zustimmen wird.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

**://:** Einstimmig stimmt der Rat dem Antrag des Büros zu und beschliesst die unveränderten Sitzungsentschädigungen des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2012 – 2016 für die Ratssitzungen von pauschal CHF 120.- pro Ratssitzung und CHF 40.- pro Stunde für die Kommissionssitzungen.

**28 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**5. Stadtrat-Mandatsentschädigung: Festlegung / Entschädigungsreglement: Genehmigung von formellen Revision (Nr. 2012/7)**

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Markus Meyer (SVP) erklärt, für die SVP-Fraktion stehe die stadträtliche Vorlage völlig quer in der Landschaft, hatte der Rat doch gerade vorher die unveränderten Entschädigungsansätze für den Einwohnerrat der neuen Amtsperiode gemäss Vorlage Nr. 2012/13 beschlossen. Der Stadtrat sollte seine eigenen Entschädigungen nicht erhöhen und die allgemeinen Sparbemühungen unterstützen, indem er mit gutem Beispiel vorangeht. Die Teuerung der Jahre 2009 – 2012 wird vom Stadtrat auf 2,9 % beziffert, hingegen ist der Landesindex in dieser Zeitspanne um nur gerade einmal 0,5 % angestiegen. Wegen dieser geringen Steigerung von 0,5 % könnte und sollte der Stadtrat auf eine Anpassung seiner Entschädigungen verzichten und als Vorbild für kommende Ausgaben auftreten, welche viel Geld kosten werden. So werden in der Zukunft auch vom Personal Opfer im Zusammenhang mit der Pensionskassen-Reform verlangt. Die Mandatsentschädigungen des Stadtrates sind heute schon sehr gut und eine Anpassung ist absolut nicht notwendig und auch nicht angebracht. Seine Fraktion wird die Entschädigungsanpassung ablehnen.

Claudio Wyss (CVP/EVP/GLP) teilt mit, auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt ist in den Jahren 2009 – 2012 ein Teuerungsausgleich von 2,6 % vergütet worden. Gemäss § 3 des Entschädigungsreglementes wäre es eigentlich die Aufgabe des Einwohnerrates, die Entschädigungsansätze des Stadtrates vor Beginn der Amtsperioden zu überprüfen. Im Jahre 2008 ist offenbar auf die Überprüfung der stadträtlichen Entschädigungen verzichtet worden und auch vom Stadtrat sind vor 4 Jahren keine Anstrengungen unternommen worden, Abklärungen bzgl. möglichen Entschädigungsanpassungen zu treffen. In den Jahren 2007 und 2008 ist den Mitarbeitern der Stadt ein Teuerungsausgleich von insgesamt 1,6 % vergütet worden, wovon der Stadtrat ausgenommen war. Im Jahre 2006 hatte der Rat die Reduktion der Stadtrat-Mandatsentschädigungen ab der Amtsperiode 2008 – 2012 zu reduzieren. Auch ohne Berücksichtigung der beantragten Entschädigungsanpassung wären die Mandatsentschädigungen heute tiefer als im Jahre 2006. Die Mittefraktion findet den stadträtlichen Antrag deshalb gerechtfertigt. Gemäss reglementarischen Bestimmung wäre es Sache des Rates, die Entschädigungsansätze des Stadtrates vor Beginn der Amtsperioden festzulegen. Seine Fraktion wird beiden Anträgen des Stadtrates zustimmen, doch hätten die formalen Reglementsanpassungen gemäss Entscheid vom 28.06.2006 bereits vor 4 Jahren in das Reglement überführt werden sollen.

Jürg Holinger (GL) bemerkt, die Exekutiv-Entschädigung sei für ihn eine Berg- und Talfahrt der Sonderklasse. Basierend auf einer Motion hatte man bereits im Jahre 2002 die Abgeltung für die Stadtratsmitglieder erhöht und am 31.03.2004 zudem den Erwerbssersatz erhöht, den Betreuungsersatz erhöht und auch die Spesenregelung verbessert. All diese Entschädigungen sind dann bereits an der Ratssitzung vom 28.06.2006 reduziert und oder gar gestrichen worden. Diesbezüglich spielte der Einwohnerrat als Parlament und als Arbeitgeber eine schlechte Rolle. Und wenn man nun dem Stadtrat nicht einmal den Teuerungsausgleich bewilligen möchte, wie es den Mitarbeitern der Stadt bereits zugestanden wurde, so könnte dies kaum begründet werden. Würden die Stadtratsmitglieder im Angestelltenverhältnis der Stadt arbeiten, so wäre es wohl unbestritten, dass diese in den Genuss des Teuerungsausgleichs gekommen wären. Er persönlich bereue es, dass der Rat im Juni 2006 den Erwerbs- und Betreuungsersatz gestrichen hatte. Denn man muss sich bewusst werden, dass es sich bei der Exekutiventschädigung nicht um irgendwelche Taggelder handelt, sondern dass es sich um Lohnbestandteile von Leuten handelt, die beispielsweise mit der Mandatsübernahme auf einen Teil ihres früheren Einkommens verzichten.

Heinz Lerf (FDP) führt aus, dass die Begründungen der stadträtlichen Vorlage ausreichend sind und seine Fraktion den Anträgen zustimmen wird.

Stadtpräsident Lukas Ott hält auf Anfrage des Ratspräsidenten fest, dass sich der Stadtrat zum Geschäft nicht mehr äussern möchte.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr stimmt der Rat gemäss stadträtlichem Antrag der Festlegung der Stadtrat-Mandatsentschädigung für das Stadtpräsidium von CHF 90'490.-/Jahr, für das Vizepräsidium von CHF 45'550.-/Jahr und die Stadtratsmitglieder von CHF 36'940.-/Jahr ab 1. Juli 2012 zu.

://: Der Rat genehmigt die formelle Revision aufgrund der Einwohnerratsbeschlüsse vom 28. Juni 2006 im Reglement über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen mit grossem Mehr.

**29 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**6. Tierpark Weihermätteli, künftige finanzielle Unterstützung (Nr. 2012/15)**

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist. Das Büro schlägt dem Rat die Direktberatung der stadträtlichen Vorlage vor.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) meint, der Tierpark erfülle nicht nur für die Kinder, sondern auch für Patienten der Klinik und die ganze Bevölkerung eine wichtige Aufgabe. Der Park ist ein wichtiger Begegnungsort in Liestal und bietet Leuten Arbeitsplätze an, die sonst auf dem Arbeitsmarkt schwer zu finden sind. Ihre Fraktion spreche sich für eine Direktberatung und eine finanzielle Unterstützung des Tierparks durch die Stadt aus.

Regula Nebiker (SP) führt aus, der Tierpark Weihermätteli sei etwas Grossartiges für Liestal. Sie selbst kenne den Tierpark schon lange und habe dort auch einen Walliser-Geissbock als persönlichen Freund, welchen sie bei ihren Spaziergängen immer wieder treffe. Viele Familien und Leute besuchen den Tierpark, wo man einiges erleben kann. Besonders ist auch, dass man keinen Eintritt für den Tierparkbesuch bezahlen muss. Ihre Fraktion findet das Projekt und die finanzielle Unterstützung gemäss stadträtlichem Antrag gut. Doch auch in ihrer Fraktion hat man den Eindruck, dass die naturnahe und tiergerechte Nutzung im Tierpark Weihermätteli besser sein könnte. Die Statusveränderung der Spitäler und der Wegfall des Globalbudgets hat leider zur Folge, dass mit der Kostenwahrheit nun Liestal als Standortgemeinde zusammen mit den umliegenden Gemeinden und ihren Steuerzahlern für das Tierpärkli aufkommen muss. Der Tierpark Weihermättli wäre aber sicher und ein guter Ort für ein Engagement und Sponsoring durch Firmen sowie Private.

Jürg Holinger (GL) erklärt, seine Fraktion unterstütze die stadträtliche Stossrichtung. Das Tierpärkli ist eine wichtige Institution für Liestal geworden, Kosten und Nutzen stimmen. Beim Nutzen ist sicher noch Potential mit mittelfristig umsetzbaren Verbesserungen vorhanden. Die ökologischen Aspekte könnten sicher noch besser berücksichtigt werden, indem man einer naturnahen Gestaltung und der vermehrten Haltung von einheimischen Tierarten die gebührende Beachtung schenken würde. Der Neuaufbau von Umwelt-Bildungsangeboten könnte verbessert werden sowie beispielsweise die Vermittlungsarbeit und der Anschauungsunterricht für Kinder und Jugendliche mit einer Vernetzung zu anderen Angeboten besser gestaltet werden. Bei der Beratung der stadträtlichen Vorlage ist man sich in der Fraktion wieder einmal bewusst geworden, wie wichtig eine gute koordinierte Kinder- und Jugendarbeit in Liestal wäre. Nebst dem Geldfluss sollen auch die Ideen der Stadt bei der neuen Stiftung einfließen. Seine Fraktion stellt den Antrag, dass der Beitrag zugunsten der Stiftung auf CHF 40'000.- pro Jahr erhöht wird. Auch mit diesem höheren Beitrag kann die Erfolgsrechnung der Stiftung wohl kaum saniert werden, doch setzt der Einwohnerrat damit ein Zeichen, dass die Stadt Liestal hinter dem Tierpark Weihermättli steht. Mit dieser Zeichensetzung dürfte für den Stiftungsrat auch die Sponsorsuche einfacher werden.

Pascal Porchet (FDP) geht nach seinen Vorrednern davon aus, dass es aktuell nicht mehr nur um die Direktberatung der Vorlage geht, weshalb er sich auch inhaltlich zur Vorlage äussern wird. Die FDP-Fraktion wird dem beantragten Kredit von CHF 35'000.- zustimmen, da das Tierpärkli doch eine wichtige Institution für Liestal und eine breite Bevölkerungsgruppe ist. Der beantragte jährliche Beitrag von CHF 35'000.- ist ein stolzer Beitrag der Stadt, berücksichtigt man beispielweise noch, dass auch die Bürgergemeinde Liestal noch ein jährlichen Beitrag von CHF 20'000.- zusichert. Eine Beitragserhöhung gemäss Antrag der Grünen Fraktion dürfte kein Ansporn für die umliegenden Gemeinden und weitere mögliche Geldgeber sein, den halbvollen Krug ganz zu füllen. Als kreative Idee schlage er vor, dass im

Tierpärkli noch rund 5 – 6 Pferde in Pension genommen würden, womit schätzungsweise zusätzliche Einnahmen von über CHF 30'000.- pro Jahr generiert werden könnten.

Markus Meyer (SVP) erklärt, er werde bei diesem Geschäft etwas länger reden, als man dies von ihm gewohnt sei, handelt es sich für ihn um eine sehr emotionale Vorlage. Als Finanzchef der KPD der Jahre 1990 bis 2001 weiss er, dass beim Tierpark früher nie so hohe Kosten ausgewiesen wurden, wie diese nun in der Vorlage Nr. 2012/15 ausgewiesen werden. Die Kosten hatten sich früher zwischen CHF 150'000.- und maximal CHF 200'000.- bewegt, von der IV sind auch Beiträge für die Betreuung bezahlt worden. Vor bald 30 Jahren wurde der Tierpark als Therapiestätte für die KPD-Patienten von den Gründervätern Rolf Müller und Werner Kunz eröffnet. Es begann alles sehr klein mit einem Esel als ersten Pärklibewohner. Ziel war es, dass die Psychiatrie sich öffnen konnte und die Ängste gegenüber psychisch Kranken abgebaut wurden, was auch in grossem Masse gelungen ist. Der Tierpark wurde ein Ort, an welchem sich immer wieder viele Gäste, Eltern und Kinder aufhielten. Die Kinder der Umgebung halfen/helfen bei der Tierpflege mit, was zusätzliche Impulse gab. Durch die Tierparkbesucher konnte auch der Umsatz in der Cafeteria stark gesteigert werden, was in der Vorlage nicht erwähnt wird. Es wurden auch regelmässig grosse Feste zugunsten des Tierparks durchgeführt, mit welchen man teilweise Reingewinne bis gegen CHF 20'000.- erzielte und einen Fonds mit einem Vermögen bis zu CHF 50'000.- bilden konnte. Es wurde sogar ein Gönnerverein gegründet und von der Zunft zum Stab wurden beispielsweise Beschriftungen gestiftet. Mit dem neuen KPD-Verwalter ab 1996 und heutigen CEO hat sich alles grundsätzlich verändert. Die Feste fanden nicht mehr statt, auch der Tierpark und der Gönnerverein wurden teilweise in Frage gestellt. Das Geld spielte immer mehr eine Rolle und es mussten für andere Projekte sowie zusätzliche Stellen vermehrt Gelder zur Verfügung gestellt werden. Die ursprünglichen Gründe für den Tierpark wurden mehr und mehr beiseite geschoben. In einem Pressebericht konnte vor einigen Tagen gelesen werden, dass ein Mäzen in Basel einen neuen Tierpark für Kranke finanziert, welcher den gleichen Zweck wie der Tierpark Weihermätteli in seinen früheren Jahren haben soll. Für die KPD ist der Tierpark heute leider nur noch ein unliebsamer Anhängsel. Mit der neuen Spitalfinanzierung sind die Kantonsspitäler und die Psychiatrie nun verselbständigt worden. Auch die KPD können verschiedenen Kosten nicht mehr so einfach finanzieren. Das Verhalten kann aber nicht nachvollzogen werden, denn der Tierpark ist eine kantonale Institution und nun sollen die Gemeinden für die Kosten aufkommen. Clever ist die KPD-Leitung bei der personellen Zusammensetzung der neuen Stiftung vorgegangen, welcher die ehemalige Stadtpräsidentin, der neue Stadtpräsident, der Förster der Bürgergemeinde Liestal usw. als Stiftungsratsmitglieder angehören. Es wurde auch die Schliessung des Tierparks mit der Entlassung von Mitarbeitern bzw. KPD-Patienten angedroht, um den Druck auf mögliche Geldgeber zu verstärken. Die KPD hat ein Budget von ca. CHF 100 Mio. pro Jahr, was einer Zunahme gegenüber dem Jahr 2003 von rund 40 % entspricht. Mit einem solch grossen Betrag könnte sicher auch der Tierpark von der KPD finanziert werden, wobei Einsparungen mit weniger Tieren usw. immer noch geprüft werden könnten. Mit Hinweis auf das neue Postulat Nr. 2012/9 sei erwähnt, dass diesen Sommer rund 50 – 60 neue Parkplätze auf der grünen Wiese erstellt wurden, obwohl es genügend bestehende Parkplätze in der Nähe bzw. beim ehemaligen Martin-Birmann-Spital hat. Die finanziellen Mittel für diese zusätzlichen Parkplätze konnten anscheinend problemlos aufgebracht werden. Aus der Stadtratsvorlage geht hervor, dass ein Grossteil der Kosten 2013 im Betrage von über CHF 100'000.- noch nicht gedeckt sind. In Anbetracht der angespannten finanziellen Lage wird dieser Beitrag nicht so einfach mit Geldern von Firmen usw. gedeckt werden können. Die Gemeinden Lausen und Frenkendorf werden lediglich für das Jahr 2013 einen finanziellen Beitrag zusichern und auch die in der Vorlage nicht erwähnte Gemeinde Nussdorf hat einen einmaligen Beitrag an den Tierpark bewilligt. So ist ab 2014 nur der Gemeindebeitrag von Seltisberg definitiv. Mit der neu gegründeten Stiftung ist zudem der Gönnerverein stark gefährdet, denn dieser verliert eigentlich seine Berechtigung. Vom Gönnerverein werden jährlich CHF 10'000.- erwartet, doch ist dies gar nicht möglich, da sich die jährlichen Einnahmen des Vereins lediglich auf rund CHF 7'000.- pro Jahr belaufen. Wohl ist noch ein kleineres Vereinsvermögen vorhanden, doch dürfte dieses spätestens in 2 – 3 Jahren aufgebraucht sein.

Zu den Kosten generell kann noch gesagt werden, dass verschiedene Positionen noch gründlicher zu hinterfragen wären. Es müsste garantiert sein, dass hier auch nur wirklich diejenigen Kosten, welche den Tierpark betreffen, belastet werden, was er persönlich bezweifle. Die vorgelegten Zahlen sind teilweise auch nicht nachvollziehbar und stimmen für ihn einfach nicht. Er habe das ungute Gefühl, dass einfach Gelder für andere Dinge erhalten müssen. Bei einer Genehmigung des stadträtlichen Antrages würde man die Katze im Sack kaufen. Was passiert, wenn die benötigten Gelder nicht zusammen kommen? Werden dann von den Beteiligten und der Stadt noch höhere Beiträge verlangt oder die Übung dann einfach abgebrochen? Aus den vorgängig geschilderten Gründen müsste die Vorlage klar abgelehnt werden. Die SVP-Fraktion könnte aber dem stadträtlichen Antrag zustimmen, würde der Rat folgendem Zusatzantrag zustimmen: „Die Zustimmung ist gebunden an die Bedingung, dass vor der jeweiligen jährlichen Auszahlung des Beitrages durch die Stadt Liestal eine vollständige Finanzierung der Bruttokosten (derzeit ca. CHF 416'000.00) sichergestellt ist. Sollte dies nicht der Fall sein, müsste durch die KPD jeweils vorgängig einer Auszahlung eine entsprechende schriftliche Übernahmegarantie abgegeben werden.“

Sofern diesem Zusatzantrag nicht zugestimmt würde, müsste seine Fraktion die Vorlage klar ablehnen. Dies wäre aber nicht eine Absage an den Tierpark. Es muss und wird Möglichkeiten und Wege geben, den Tierpark so weiter zu führen, wie es bisher der Fall war. Die Aufgabe betreffend der Tierpark-Finanzierung müsste aber die KPD selbst erledigen und diese nicht den Gemeinden in der Umgebung übertragen werden. Mit dem Zusatzantrag der SVP hatte der Rat eine gewisse Sicherheit betreffend dem Fortbestand des Tierparkes Weihermätteli und die KPD würde als Eigentümerin und Betreiberin vermehrt in die Pflicht genommen.

Stadtpräsident Lukas Ott dankt für die grossmehrheitlich positive Aufnahme der stadträtlichen Vorlage. In den Voten ist viel Sympathie und auch Empathie für den Tierpark zum Ausdruck gekommen. Dieser ist ein wichtiges Therapieangebot für die KPD, wird aber auch von einem grossen Teil der Bevölkerung rege genutzt. Der Tierpark hat auch eine Brückenfunktion zwischen den KPD-Patienten und der Bevölkerung. Man kommt aber auch im vorliegenden Fall nicht um die Zäsur herum, welche die Verselbständigung der Spitäler und die neue Spitalfinanzierung mit sich bringt. Das Einbinden der Nachbargemeinden ist wichtig und mit den diesbezüglich bereits bewilligten Kostengutsprachen ist auch der Stadtrat hinsichtlich der Balance betreffend den Gemeindebeiträgen zufrieden. Im Zusammenhang mit der Mittelbeschaffung bzw. Sponsorensuche usw. ist ein strukturiertes Vorgehen der Stiftung und verschiedenen Partnern bereits aufgegleist. Der Stiftungsrat ist davon überzeugt, dass die Deckungslücke noch geschlossen werden kann. Auch habe man nie den Eindruck bekommen, dass sich die KPD für den Tierpark Weihermätteli zu wenig engagiere. Auch ist es dem Stiftungsrat wichtig, dass sich der Gönnerverein weiterhin engagieren wird und auch einbringen kann.

Jürg Holinger (GL) stimmt der Aussage des SVP-Fraktionssprechers zu, dass das Interesse der KPD am Tierpark nach dem Wechsel in den Chefetagen stark abgenommen hat. Und so sieht er die Auslagerung des Tierparks auch als Chance, weil man bezüglich den Gestaltungsmöglichkeiten, künftigen Festanlässen im Park usw. wieder etwas bewirken kann. Die weitere Existenz des Tierpark Weihermätteli wird aber vom Stiftungsrat abhängen, welcher das Zepter streng führen muss.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) möchte wissen, was mit dem Gebäude im Park passieren wird, welches bis anhin gemietet werden konnte.

Stadtpräsident Lukas Ott informiert darüber, dass es eine Eigentumsübertragung an die Stiftung geben wird.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Die Ratsmitglieder werden über das Abstimmungsprozedere in Kenntnis gesetzt.

://: Dem Antrag der Grünen Fraktion für eine Erhöhung des Unterstützungsbeitrages auf CHF 40'000.- stimmen 11 Ratsmitglieder zu.  
Dem stadträtlichen Antrag für einen Beitrag von CHF 35'000.- gemäss Vorlage Nr. 2012/15 stimmen 25 Ratsmitglieder zu.

://: Der Zusatzantrag der SVP-Fraktion wird mit 15 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

://: In der Schlussabstimmung bewilligt der Einwohnerrat grossmehrheitlich den stadträtlichen Antrag zur Unterstützung des Tierparks Weihermätteli mit neu jährlich wiederkehrenden Ausgaben in der Höhe von CHF 35'000.- zugunsten der Stiftung Tierpark Weihermätteli.

**30 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**7. Schulanlage Fraumatt - Genehmigung Investitionskredit von TCHF 700 (Nr. 2012/16)**

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Das Büro schlägt vor, die stadträtliche Vorlage an die Bau- und Planungskommission BPK zu überweisen.

Walter Leimgruber (SP) teilt mit, seine Fraktion begrüsse eine Direktberatung der Vorlage.

Meret Franke (GL) sagt, auch ihre Fraktion möchte das Geschäft direkt beraten. Die Gründe der Sanierung liegen auf der Hand und die Sanierungsarbeiten sollen ausgeführt werden.

Paul Pfaff (SVP) hält fest, seine Fraktion unterstütze den Vorschlag des Büros für eine Überweisung an die BPK.

Daniel Spinnler (FDP) erklärt, auch die FDP-Fraktion befürworte eine Überweisung der Vorlage an die BPK.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) informiert, auch die Mittelfraktion möchte das Geschäft durch die BPK vorberaten lassen.

Diego Stoll (SP) erklärt, dass die Frenkschulhaus-Vorlage von der BPK vorberaten wurde. Auch beim vorliegenden Geschäft bezüglich dem Investitionskredit für die Schulanlage Fraumatt geht es um die Umsetzung und Erfüllung von gesetzlichen Auflagen. Eine Überweisung der Vorlage Nr. 2012/16 an die BPK würde nur zu unnötigen Verzögerungen führen, welche schlussendlich auch gar nichts bringen. Er macht dem Rat beliebt, die Vorlage direkt zu beraten.

Stadtrat Franz Kaufmann meint, zeitlich sollte es auch bei einer Vorberatung durch eine Kommission noch reichen. Bei der Vorlage Nr. 2012/16 geht es ja schwergewichtig um Schulfragen und nicht um Baufragen. Man kann sich deshalb schon fragen, ob das Geschäft überhaupt an die BPK überwiesen werden soll.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Mit 18 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung beschliesst der Rat, dass die Vorlage Nr. 2012/16 zur Vorberatung an die BPK überwiesen wird.

**31 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**8. Tiergartenstrassen-Sanierung – Genehmigung von Krediten für Wasserleitung von TCHF 486, für Kanalisation von TCHF 540 und Strassenbau von TCHF 180 (Nr. 2012/17)**

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Das Büro schlägt vor, dass die Vorlage Nr. 2012/17 an die Bau- und Planungskommission BPK überwiesen wird.

Meret Franke (GL) erklärt, ihre Fraktion möchte die Vorlage direkt beraten.

Daniel Spinnler (GL) teilt mit, die FDP-Fraktion möchte das Geschäft an die BPK überweisen. Die BPK-Beratung von verschiedenen Detailfragen aus seiner Fraktion betreffend LED-Steuerungen, der Bauinstallationsplatz usw. macht Sinn, zumal sich das Investitionsvolumen gesamthaft auf über 1,2 Mio. Franken beläuft.

Paul Pfaff (SVP) teilt mit, dass sich seine Fraktion für eine Direktberatung ausspreche.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) äussert, auch ihre Fraktion möchte, dass die Vorlage in der BPK vorberaten wird.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

**://:** Mit 24 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen wird die Vorlage Nr. 2012/17 zur Vorberatung an die BPK überwiesen.

**32 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**9. Quartierplanung Mühlematt, Beschlussfassung (Nr. 2012/18)**

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Das Büro schlägt vor, die stadträtliche Vorlage an die Bau- und Planungskommission BPK vor Vorberatung zu überweisen.

Hanspeter Zumsteg (GL) berichtet, seine Fraktion befürworte die Vorberatung der Vorlage durch die BPK. Bei der Kommissionsberatung sollte folgenden drei Punkten die gebührende Beachtung geschenkt werden: Wird beim vorliegenden QP das Landschaftsentwicklungskonzept LEK mitberücksichtigt? Wie viele der oberirdischen Parkplätze in der Nähe des QP-Perimeters werden aufgehoben, gibt es diesbezüglich schriftliche Absichtserklärungen und wer kommt für die Renaturierungskosten auf? Nur gerade im Anhang 1 ist etwas betreffend Velowegen zu lesen. Muss die Umsetzung einmal mehr bei der Parlamentsberatung beim Stadtbauamt verlangt werden?

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) orientiert, ihre Fraktion bevorzuge ebenfalls die Vorberatung der Vorlage durch die BPK.

Pascal Porchet (FDP) erklärt, seine Fraktion spreche sich für eine Überweisung der Vorlage an die BPK aus. Es handelt sich um ein grösseres Projekt, bei welchem auch dem Verkehrsregime und den städtebaulichen Belangen die gebührende Beachtung zu schenken ist. Wie sind die Verkehrsflüsse geregelt? Was passiert mit dem Kreisel bzw. der Umfahrungsstrasse?

Paul Pfaff (SVP) äussert, die SVP-Fraktion unterstütze ebenfalls eine Vorberatung der Vorlage an die BPK. Auch beim vorliegenden Geschäft wird der Kreisel beim Konrad Peter-Areal wieder ein Thema sein.

Walter Leimgruber (SP) informiert, auch die SP-Fraktion wird der Überweisung der Vorlage an die BPK zustimmen.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

**://:** Einstimmig wird die Vorlage Nr. 2012/16 zur Vorberatung an die BPK überwiesen.

**33 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**10. Erbringung von stadtpolizeilichen Aufgaben in der Stadt Liestal durch die Polizei Basel-Landschaft ab dem 1. Januar 2013 (Nr. 2012/19)**

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt die Frage, ob das Eintreten auf die stadträtliche Vorlage bestritten wird.

Peter Küng (SP) informiert darüber, dass die SP-Fraktion den Antrag stellt, das Geschäft an den Stadtrat zurückzuweisen. Seine Fraktion ist der Meinung, dass der Abschluss der Leistungsvereinbarung mit dem Kanton einem Beschluss des Einwohnerrates bedarf und der Rat nicht einfach nur vom Projektbericht Kenntnis zu nehmen hat. Der Leistungsauftrag ist mit wiederkehrenden Ausgaben verbunden und dem Rat ist an einer früheren Sitzung vom Stadtrat zugesichert worden, dass der Einwohnerrat nach Ablauf des Pilotprojektes noch einen weiteren Entscheid zu fällen hat. Will man die Auslagerung des Polizeiwesens mit diesen Mehrkosten? Ist nicht auch eine Anpassung des Polizei-Reglementes usw. nötig? Wer zeichnet für die restlichen polizeilichen Aufgaben verantwortlich?

Stadträtin Marion Schafroth informiert, dass der Einwohnerrat keine Entscheide zu fällen bzw. die Kosten zu bewilligen hat, denn es handelt sich um keine neuen Ausgaben und die Auslagerung ist auch nicht mit Mehrausgaben verbunden. Jede Gemeinde ist verpflichtet, gemeindepolizeiliche Aufgaben zu erfüllen, wobei diese in Liestal gemäss Leistungsvereinbarung von der Kantonspolizei erbracht werden. Eine Revision des Polizei-Reglementes ist auch nicht nötig. Gemäss Aufstellung auf Seite 3 der Vorlage bleiben die Kosten gleich hoch. Der Stadtrat möchte mit der Vorlage Nr. 2012/19 betreffend dem Pilotprojekt nur Bericht erstatten.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass betreffend der Eintretensfrage keine weiteren Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden.

://: Mit 25 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen wird grossmehrheitlich das Eintreten auf die Vorlage Nr. 2012/19 beschlossen.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) meint, die Erfahrungen mit dem Pilotprojekt seien sehr positiv gewesen und können als Erfolg bewertet werden. Die vorgeschlagene Lösung ist kostengünstiger als der Ausbau der Stadtpolizei oder der Aufbau einer Regionalpolizei. Diese verhält ebenfalls bei einer Änderung des kantonalen Polizeigesetzes. Wichtig ist, dass auch die Bevölkerung über die Neuerungen im Polizeiwesen bzw. die Zuständigkeiten sowie Anlaufstellen der Kantons- und Gemeindepolizei informiert wird. Ihre Fraktion wird den Projektbericht zur Kenntnis nehmen.

Corinne Ruesch (GL) sagt, auch ihre Fraktion nehme Kenntnis vom Bericht und der stadträtlichen Vorlage, welche die wichtigsten Fragen beantwortet. Insgesamt wird man eine professionellere Dienstleistung mit mehr Präsenz der Polizei und weniger Administration angeboten bekommen. Positiv ist auch, dass sich Liestal einbringen und beispielsweise deponieren kann, wo und wann eine Präsenz der Polizei erwünscht ist. Die Nettomehrkosten sind nachvollziehbar und in Anbetracht der vermehrten Polizeipräsenz auch gerechtfertigt.

Daniel Spinnler (FDP) berichtet, in seiner Fraktion finde man die Vereinbarung nicht ganz so toll, wie es bei anderen Ratsmitgliedern anscheinend der Fall ist. Im Projektbericht sind die gemeindepolizeilichen Aufgaben aufgelistet. In welchem Fall bzw. bei welchem Vorfall würde beispielsweise die Kantonspolizei nach einem Telefonanruf nicht erscheinen? Und eine Kontrolle des ruhenden Verkehrs bzw. die recht stundenaufwändigen Parkkontrollen könnten von der Securitas wesentlich billiger erledigt werden. Es ist auch nicht gut, dass der Rat im Zusammenhang mit der Auslagerung der Stadtpolizei nur den Projektbericht zur Kenntnis zu nehmen hat, obwohl gemäss Gemeindegesetz Vereinbarungen mit reglementswesentlichen Inhalten von der Gemeindeversammlung bzw. dem Einwohnerrat zu beschliessen sind. Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag nur widerwillig zu. Und sollten die gemeindepolizeilichen Aufgaben künftig nicht zufriedenstellend erfüllt werden, so besteht immer noch die Möglichkeit, die Leistungsvereinbarung zu kündigen bzw. als Einwohnerrat im Rahmen der Budget-Genehmigungen noch Einfluss zu nehmen.

Peter Küng (SP) sagt, seine Fraktion sei nicht abgeneigt gegen die Stossrichtung bzgl. einer Einheitspolizei, wie sie vom Kanton zwar abgelehnt wurde. Einige Zweifel seines Vorredners kann er unterstützen, denn so hatten kleinere Gemeinden ohne eigene Polizei doch auch schon in der Vergangenheit funktioniert und dies dürfte auch in Zukunft der Fall sein. Man muss sich aber bewusst sein, dass eine weitere Dienstleistung ausgelagert wird und die Einflussnahme des Rates bzgl. der Erfüllung von Gemeindeaufgaben fraglich ist. Und so wie er das Polizeigesetz auslegt, sollten die Gemeinden auch weiterhin eine eigene Polizei haben. Schade, dass die Auslagerung der Stadtpolizei und verschiedene diesbezügliche Fragen nicht im Rat und/oder in einer einwohnerrätlichen Kommission thematisiert werden konnten. Die SP-Fraktion wird grossmehrheitlich dem stadträtlichen Antrag nicht zustimmen.

Andreas Lirgg (SVP) erklärt, die SVP-Fraktion werde dem stadträtlichen Antrag zustimmen. In seiner Fraktion wird die Haltung vertreten, dass die stadtpolizeilichen Aufgaben gar nicht von einer Einzelperson der Stadt erfüllt werden können. Gemäss Projektbericht hatte die Zusammenarbeit während des Pilotversuches gut geklappt.

Regula Nebiker (SP) findet es auffallend, dass andere grosse Gemeinden ihre Polizei eher verteidigen. Liestal gibt seine Stadtpolizei nun aber auf, doch sollte man das Kind nun auch beim Namen nennen. Entspricht denn der vorliegende Leistungsauftrag der Stadt an den Kanton einem Standardvertrag, wie ihn andere Gemeinden des Kantons auch abschliessen werden? Auch sind die Zahlen zu wenig transparent und es fehlen auch Vergleiche mit anderen vergleichbaren Gemeinden.

Markus Meyer (SVP) informiert darüber, dass beispielsweise auch Waldenburg einen Ortspolizisten hat und diese momentan nach pragmatischen Lösungen sucht. Und vermutlich wird Waldenburg ebenfalls den Kanton mit den Parkkontrollen beauftragen. Bestimmt wird aber keine Gemeinde alle gemeindepolizeilichen Aufgaben vollumfänglich dem Kanton übertragen können.

Stadträtin Marion Schafroth hält fest, dass in einigen Gemeinden für verwaltungspolizeiliche Aufgaben nicht ein Orts- oder Stadtpolizist angestellt ist und diese Arbeiten einfach von der übrigen Verwaltung erledigt werden. Dies ist aber in Liestal nicht möglich. Mit dem neuen Polizeigesetz sollten auch die Aufgaben, Rechte sowie Pflichten von Gemeinden und Kanton klar geregelt werden. Bestimmt wird aber der Kanton die Leistungen gemäss Aufträgen der Gemeinden künftig gnadenlos in Rechnung stellen. Liestal hat nun eine kompatible Lösung und das neue Polizeigesetz wird keine weiteren Umstellungen mit sich bringen. Liestal hat nach wie vor eine Gemeindepolizei, doch ist diese einfach im kantonalen Polizeikorps integriert. Man hat weiterhin das Sagen betreffend den ausgelagerten Aufgaben gemäss Leistungsvereinbarung und dieser Vertrag kann kurz- und mittelfristig geändert oder gar gekündigt werden. Der Stadtrat hat Verständnis dafür, dass der Rat nicht gerade erfreut darüber ist, dass er bezüglich der Stadtpolizei-Auslagerung nicht das Sagen hat. Mit der Vorlage Nr.

2012/19 bezweckt der Stadtrat die Orientierung und Information des Einwohnerrates bezüglich den neuen Zuständigkeiten sowie finanziellen Folgen. Zusammenfassend kann sie festhalten, dass Liestal mit der aufgezeigten Lösung nur Vorteile haben wird.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr nimmt der Einwohnerrat Kenntnis vom Projektbericht „Eine Polizei in Liestal“ gemäss Vorlage Nr. 2012/19.

**34 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**11. Postulat von Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend Trägerschaft Kinderkrippenplätze, Bericht Stadtrat (Nr. 2006/121a-e)**

Erika Eichenberger (GL) nimmt als Postulantin zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2006/121e Stellung: Es ist das erklärte Ziel des Stadtrates gewesen, unabhängig vom Ergebnis der kantonalen Volksabstimmung ein Modell für Liestal zu erarbeiten, mit welchem speziell einkommensschwache Eltern bei der Kinderbetreuung unterstützt werden, um deren Sozialhilfeunterstützung bestmöglichst verhindern zu können. In diesem Saal wurde schon oft gesagt, dass sich Investitionen in solche Kindertagesstätten langfristig lohnen. Auch jungen Familien mit tiefen Löhnen soll der Einstieg in das Berufs- und Familienleben erleichtert werden. Und sollten diese langfristig in Liestal bleiben, so werden diese die Auslagen für die Kinderbetreuung mit höheren Steuern wieder zurück bezahlen. Sie ist sehr konsterniert, dass man nach sechs Jahren immer noch am gleichen Punkt steht und es der Stadtrat nicht geschafft hat, eine mutige Vorlage für ein kostengünstiges Modell auszuschaufen, nachdem das versprochene Modell der Subjektfinanzierung nun offenbar auch zu teuer ist. Nun steht man nach sechs Jahren Leiterlispiel wieder auf Feld 1, was auch ein falsches Signal für alle Anbieter, welche jetzt neue Betreuungsplätze schaffen, ist. Bleibt zu hoffen, dass das Angebot trotz allem demnächst auf die geplanten 82 Plätze anwachsen wird. Vorausschauend muss festgestellt werden, dass in Liestal die Anzahl an Familien, Einwohnern, Familien, Alleinerziehenden usw. zunehmen wird, was auch einen höheren Bedarf an Betreuungsplätzen und Unterstützungsbeiträgen mit sich bringen wird. Mit dem in der Vorlage Nr. 2006/121e erwähnten Betrag von CHF 200'000.- werden in Liestal genau 17 Vollzeitplätze in einem Tagesheim subventioniert werden. Auf die aktuell 876 in Frage kommenden Kinder ist dies doch sehr bescheiden. Sehr viele Eltern müssen sich deshalb selbst helfen. Als Pädagogin weiss sie aber aus Erfahrung, dass deren Kinder, der Not gehorchend, sich über längere Zeitspannen selbst überlassen sind. Liestal kann es sich nicht leisten, nun zurück zu lehnen und alles beim Alten zu belassen. Die Grüne Fraktion ist der Meinung, dass das Postulat auf gar keinen Fall abgeschrieben werden darf. Der Stadtrat soll seinen erklärten Willen betreffend einer Angebotsverbesserung umsetzen. Dieser soll eine Vorlage ausschaffen und aufzeigen, wie schrittweise ein zeitgemässes und finanzierbares Modell in Liestal eingeführt werden kann. Die Eckwerte sind im neuen Bericht des Stadtrates bereits erwähnt: Das Modell soll einkommensabhängig und für Leute von Liestal sein. Auch könnte man noch darüber diskutieren, ob nur Angebote in Liestal genutzt werden können. Das Kostendach müsste aber mindestens doppelt so hoch sein wie der heutige Betrag. Zwingend sollte auch eine freie Wahl der Betreuungsstätte möglich sein, denn aktuell kann man ja nur das Angebot des Tagesheimes Sunnewirbel nutzen, welches von der Stadt finanzielle Beiträge erhält. Alle übrigen Anbieter gehen leer aus.

Peter Küng (SP) äussert, auch die SP-Fraktion sei überrascht gewesen, als sie dem Stadtratsbericht entnehmen musste, dass der Stadtrat wieder auf die Objektfinanzierung zurückgehe. Wohl oder übel muss man diesen Stadtratsbeschluss zur Kenntnis nehmen. Das Tagesheim Sunnewirbel ist umgezogen. Können dort denn nun auch mehr Betreuungsplätze angeboten werden? Liegen nicht auch Beitragsgesuche anderer Heime und Institutionen bei der Stadt vor bzw. wurden auch Bedarfsabklärungen getroffen? Wie wird von der Stadt die Objektfinanzierung gesteuert? Ist der Betrag von CHF 200'000.- bedarfsgerecht? Irgendwie kommt man beim vorliegenden Postulat aus dem Jahre 2006 einfach nicht weiter und so habe man sich in seiner Fraktion schon gefragt, ob es nicht Sinn machen würde, das Postulat Nr. 2006/121 abzuschreiben, damit dann wieder ein neuer Vorstoss zu demselben Thema eingereicht werden könnte.

Hanspeter Meyer (SVP) führt aus, seine Fraktion vertrete nach wie vor den klaren Standpunkt, dass im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung auch mehr Selbstverantwortung gefragt sei. Nicht alles kann, darf und soll an die Öffentlichkeit delegiert werden. In Einzelfällen ist eine Unterstützung nötig und sinnvoll, doch liegen dafür bereits genügend gute Angebote vor. Die kantonale Volksabstimmung hatte klar gezeigt, in welcher Richtung es gehen soll. Das Liestal diesbezüglich nun ein Sonderzüglein fahren will, wird in seiner Fraktion als eine Zwängerei betrachtet. Und so ist man auch froh darüber, dass nun vom Stadtrat konkrete Zahlen ausgewiesen werden, welche zeigen, dass eine flächendeckende Finanzierung von Krippenplätzen gar nicht möglich ist. Für moderate Lösungen wird die Hand geboten, doch wird auch in der SVP-Fraktion die Meinung vertreten, dass nun das Postulat Nr. 2006/121 abgeschrieben werden sollte.

Thomas Eugster (FDP) sagt, auch seine Fraktion sei mit dem Inhalt des Berichtes nicht sehr glücklich, denn die Situation betreffend den Kinderkrippenplätzen ist damit nicht besser geworden. Und dem Bericht kann auch nicht entnommen werden, wie sich die ortsansässigen Firmen bezüglich einer Trägerschaft und finanziellen Beteiligung geäußert hatten. Wurden diesbezüglich die Firmen überhaupt angefragt oder konzeptionelle Abklärungen getroffen? Ein Wechsel zu Subjektfinanzierung wäre die beste Möglichkeit, um in Zukunft mehr Kinderkrippenplätze zu bekommen, aber ein solcher Wechsel ist nur in Zusammenarbeit mit den bisherigen Anbietern möglich. Mit dem Postulat Nr. 2006/121 wird man aber nicht weiterkommen und es braucht offenbar neue Ansätze mit einem klar abgesteckten finanziellen Rahmen. Seine Fraktion vom Bericht Kenntnis nehmen und befürwortet auch die Postulatsabschreibung.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) unterstützt die Meinungen der Postulantin sowie des SP-Fraktionssprechers und erklärt, dass auch ihre Fraktion mit dem stadträtlichen Bericht nicht restlos zufrieden sei, denn pragmatische Lösungen sind für diejenigen nötig, welche auf ein zweites Einkommen angewiesen oder alleinerziehend sind. Es ist auch bekannt, dass der Wiedereinstieg ins Berufsleben für Mütter nicht einfach ist. Die externe Kinderbetreuung ist auch an der morgigen Landratssitzung wieder ein Thema. Ihre Fraktion wird vom Bericht Kenntnis nehmen, wird aber den stadträtlichen Antrag für eine Abschreibung des Postulates ablehnen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) dankt als Einzelsprecherin und als Vorstandsmitglied des Sunnewirbels dem Stadtrat dafür, dass dieser das Anliegen des Tagesheimes für eine weitere Unterstützung gutgeheissen hat. Ohne die Beiträge der Stadt wäre das Tagesheim Sunnewirbel tatsächlich gefährdet gewesen. Im Tagesheim werden grösstenteils auch Liestaler-Kinder betreut. Die Ratsmitglieder können sich beim Ausgang mit einer Jubiläumsfestschrift des Tagesheimes Sunnewirbel bedienen. Das Heim kann nach Voranmeldung auch besucht werden. Auch sie befürworte es, dass die Schaffung von gleichen Bedingungen für alle Anbieter als Ziel gesetzt wird. Ein sozialverträglicher Tarif ist wichtig und auch eine Objektfinanzierung dürfte für alle Beteiligten einfacher sowie effizienter sein.

Patrick Mägli (SP) bemerkt, auch ihn habe der stadträtliche Bericht enttäuscht und der Entscheid betreffend dem Rückgang zur Objektfinanzierung erstaunt. Dass gemäss Aussagen des Stadtrates beispielsweise Berechnungen betreffend der Subjektfinanzierung nicht möglich sein sollen, wird von ihm in dieser Absolutheit bestritten. In Liestal muss das Rad nicht neu erfunden werden, denn Modelle der Subjektfinanzierung und auch Mischformen einer Objekt- und Subjektfinanzierung existieren in anderen Städten und Gemeinden bereits. Das Angebot von 67 Vollzeitbetreuungsplätzen mit Folgekosten von CHF 750'000.- war sicher nie das Ziel des Vorstosses. Beim vorliegenden Bericht des Stadtrates handelt es sich um keine realistische Vorlage und das Postulatsziel ist verfehlt worden. So kann es nicht weiter gehen und vermutlich macht es schon Sinn, dass das Postulat aus dem Jahre 2006 abgeschrieben wird, damit ein neuer Vorstoss eingereicht werden kann.

Stadträtin Marion Schafroth ist nicht überrascht, dass der stadträtliche Bericht im Rat mit Enttäuschung und wenig Begeisterung aufgenommen wird. Auch der Stadtrat hatte wenig Freude daran, solche Anträge unterbreiten zu müssen. Es wurde sicher ein moderates Modell erarbeitet und auch die auf CHF 750'000.- bezifferten Kosten sollten realistisch sein. Auch im Zusammenhang mit der Finanz- und Budgetplanung ist der Stadtrat zum schmerzhaften Entschluss gekommen, dass man auf das Feld 1 zurück muss und im jetzigen Zeitpunkt auf eine familienergänzende Betreuung im Vorschulbereich verzichtet wird. Noch dieses Jahr wird aber aus dem Bereich Bildung eine Vorlage an den Rat kommen, mit welcher die Tagesstrukturen im Schulbereich gefördert werden sollen. Auch ist sich der Stadtrat bewusst, dass die Objektfinanzierung mit nur gerade einem Anbieter nochmals thematisiert und hinterfragt werden muss, denn auch die alleinige Finanzierung des Tagesheim Sunnewirbel durch die Stadt ist nicht für die Ewigkeit in Stein gemeisselt.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Vom stadträtlichen Bericht zum Postulat gemäss Vorlage Nr. 2006/121e nimmt der Rat mit grossem Mehr Kenntnis.

://: Der Antrag des Stadtrates betreffend der Abschreibung des Postulates Nr. 2006/121 wird mit grossem Mehr angenommen.

**35 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**12. Postulat betreffend überdimensionierten Parkplatz-Anlagen rund um die kantonalen Verwaltungsgebäude und Spitäler von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2012/9)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Hanspeter Meyer  
namens der SVP-Fraktion

27. August 2012

**Postulat betreffend überdimensionierte Parkplatz-Anlagen rund um die Kantonalen Verwaltungsgebäude und Spitäler**

*Im Einwohnerrat wurden schon mehrmals Vorstösse oder Fragen eingereicht, welche die unkontrollierte Erstellung von Parkplätzen durch den Kanton betreffen. Obwohl immer wieder beschwichtigt wurde, bauen die kantonalen Organe frisch-fröhlich weitere oberirdische Parkplätze. Das neueste Beispiel sind diejenigen an der Bienentalstrasse.*

*Uns hat interessiert, wieviele oberirdische Parkplätze im Gebiet Rheinstrasse/Mühlematt/Munzach bestehen. Deshalb haben wir eine Zählung durchgeführt und sind auf rund 1'500 Plätze gekommen. Ein Parkplatz hat die Grösse von 4.80 x 2.00 m, also 9.6 m<sup>2</sup>. Bei 1'500 Plätzen beträgt die Fläche 14400 m<sup>2</sup>. Hinzu kommen die Zufahrten, Rabatten usw, was mit einem Faktor 1.5 multipliziert werden kann. Somit sind im erwähnten Gebiet 36'000 m<sup>2</sup> bestes Bauland mit oberirdischen Parkplätzen belegt.*

*Für die Entwicklung Liestals innerhalb der Bauzone ist das ein grosses Problem. Auf diesen 360 Aren Land könnten viele Gewerbebetriebe oder Wohnbauten realisiert werden, was zusätzliche Steuereinnahmen generieren würde. Es ist klar, dass eine bestimmte Anzahl von oberirdischen Parkplätzen für die Tätigkeit in der Öffentlichen Verwaltung bereit stehen müssen, nur ist das in Liestal massiv übertrieben.*

Antrag:

*Wir laden deshalb den Stadtrat ein, mit dem Kanton konkrete Verhandlungen aufzunehmen, damit dieses Problem gemeinsam angegangen werden kann. Insbesondere muss die Parkplatzbewirtschaftung des Kantons mit derjenigen der Stadt abgestimmt werden. Zudem ist darauf hinzuwirken, dass die oberirdischen Parkplätze des Kantons massiv verringert werden, indem endlich das schon lange in Aussicht gestellte Parkhaus im Gebiet Kantonsspital/Elektra erstellt wird.*

\* \* \* \* \*

Stadtrat Peter Rohrbach erklärt, der Stadtrat sei bereit, das Postulat zu übernehmen, zumal der Vorstoss auch in einem Zusammenhang mit der vorgängig behandelten Vorlage QP Mühlematt (Nr. 2012/18) steht. Denn beim von der EBL gebauten Parkhaus wird sich das Kantonsspital einmieten. Das Spital hat selbst keine eigenen Parkplätze und musste sich bis anhin beim Kanton einmieten. Eine Gesamtauslegeordnung macht Sinn, wie dies vom Postulanten auch verlangt wird.

Hanspeter Meyer (SVP) dankt als Postulant für die stadträtliche Bereitschaft und Zusage. Es ist erfreulich, dass der Stadtrat aktiv beim Kanton vorstellig wird.

Matthias Zimmermann (SP) findet es schon eine etwas spässige Angelegenheit. Im Zusammenhang mit den im Postulat erwähnten Parkplätze an der Bientalstrasse sei festgehalten, dass sich im Regionalen Detailplan für die Psychiatrische Klinik Hasenbühl aus dem Jahre 1970 die heutige Parkfläche damals noch im Baugebiet befand. Zwischenzeitlich ist aber mit der letzten Ortsplanungsrevision genau diese Fläche ausgezont worden. Die Bewilligung der neu erstellten Parkplätze basiert offensichtlich auf alten Plänen. Dass dies bei der Stadtverwaltung und auch beim Kanton im Rahmen des Baugesuchsverfahrens durch die Lappen gegangen ist, erstaune ihn schon. Man habe den Sachverhalt vertieft angeschaut und es müsste von der Verwaltung schon noch im Detail abgeklärt werden, ob die neuen Parkplätze auch rechtskonform realisiert wurden. Juristisch sollten prioritär Fragen betreffend bereits realisierten Parkplätzen geklärt werden, bevor man wieder neue Parkplätze und Parkhäuser erstellen möchte.

Corinne Ruesch (GL) teilt mit, auch ihre Fraktion finde die Parkplatz-Anlagen des Kantons seien überdimensioniert. Diesbezügliche Fragen und Bedenken müssten nun mit der an der heutigen Sitzung an die BPK überwiesenen Vorlage „QP Mühlematt“ geklärt und thematisiert werden. Interessieren würde auch die Antwort auf die Frage, wer den für den Rückbau von bereits geteerten Parkflächen aufkommen wird.

Stadtrat Peter Rohrbach sagt, zu den kantonalen Parkplatzanlagen wurden pointierte Aussagen gemacht, welche er an der heutigen Sitzung nicht kommentieren will. Das Thema muss nun angegangen werden und das Postulat Nr. 2012/9 dürfte dem Stadtrat auch eine zusätzliche Legitimation für die weiteren Abklärungen und Verhandlungen mit dem Kanton geben.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2012/9 an den Stadtrat überwiesen.

**36 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**13. Postulat betreffend Einführung von Tempo 30 an der Seltisbergerstrasse von Regula Nebiker namens der SP-Fraktion (Nr. 2012/11)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*SP Fraktion  
Regula Nebiker*

**Postulat**

**Einführung von Tempo 30 an der Seltisbergerstrasse**  
(Umwandlung der Interpellation ein Postulat)

*Seit kurzem ist der Kanton BL unter gewissen Bedingungen bereit, auch auf Kantonsstrassen Tempo 30 einzuführen.*

*An der Seltisbergerstrasse gibt es bekanntermassen gerade mehrere Stellen, die extrem gefährlich sind. Herausragendes Beispiel ist die Stelle nach der Brücke bei der Einmündung Langhagstrasse etc. aber auch der gesamte Bereich vor und nach der Schulanlage Burg. Besonders gefährdet sind die Kindergärtner, die vor der Bücke die Strasse überqueren. Gefährlich ist es aber auch für die Schüler, die mit dem Velo von Bubendorf her in die Sekundarschule Burg kommen. Völlig unverständlich ist das Projekt des Kantons, die Strasse ausgerechnet in diesem Strassenabschnitt noch zu verbreitern.*

*Wir meinen im Gegenteil, dass auf diesem Strassenabschnitt Tempo 30 eingeführt werden sollte. Damit könnte die Verkehrssicherheit in diesem Gebiet für alle Verkehrsteilnehmer markant verbessert werden. Für die Einführung von Tempo 30 spricht insbesondere, dass die Strasse durch ein Wohngebiet führt, in dem bereits flächendeckend Tempo 30 gilt und unten sogar in die Begegnungszone mündet. Idealerweise müsste für die ganze Strecke von der Einmündung der Eglisackerstrasse an, an der Schulanlage Burg vorbei, bis zum Einmündung in die Kaserenenstrasse Tempo 30 gelten. Damit könnte ein grösseres zusammenhängendes Gebiet mit einheitlicher Tempolimitierung geschaffen werden.*

*Wir bitten den Stadtrat, die Einführung von Tempo 30 auf der Seltisbergerstrasse mit dem Kanton abzuklären.*

*Liestal, 26. August 2012*

*Für die SP Fraktion*

*Regula Nebiker*

\* \* \* \* \*

Stadtrat Peter Rohrbach erklärt, der Stadtrat möchte das Postulat nicht übernehmen, da ein Postulat mit der gleichen Zielsetzung am 3. Mai 2012 im Landrat eingereicht wurde. Bei der Seltisbergerstrasse handelt es sich um eine Kantonsstrasse und betreffend der Einführung von Tempo 30 liegt bereits ein Bericht der Kantonspolizei vor. Gemäss diesem Bericht sind die Anforderungen an der Seltisbergerstrasse für die Einführung von Tempo 30 nicht gegeben. Kleine Optimierungen werden vom Kanton im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Bauvorhaben und Instandstellungsprojekt geprüft und gegebenenfalls realisiert. Die abschlägige Antwort des Kantons liegt vor und deshalb macht eine Überweisung des einwohnerrechtlichen Vorstosses an den Stadtrat auch keinen Sinn.

Regula Nebiker (SP) hält fest, dass sie ihren ursprünglich Vorstoss als Interpellation in ein Postulat umgewandelt hat. Theoretisch ist es möglich, dass Tempo 30 auch bei Kantonsstrassen einführen kann, was im Fall der Seltisbergerstrasse auch ein grosses Bedürfnis des betroffenen Quartiers sein dürfte. Mit ihrem Einverständnis ist der Text ihres Vorstosses von Einwohnerrätin und Landrätin Elisabeth Augstburger auch für einen Vorstoss im Landrat verwendet worden. Weiss nun der Kanton aber auch, dass Liestal die Tempo 30-Zone bei der Seltisbergerstrasse möchte? Dieser Wunsch und die Absicht der Stadt kann nun mit der Überweisung des Postulates signalisiert und bekräftigt werden. Beginn und Ende dieser Zone müssten noch genauer definiert werden.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) informiert, dass der Regierungsrat bereit sei, den erwähnten Vorstoss der Landratsmitglieder des Bezirks Liestal zu übernehmen. Für die Einführung von Tempo 30 an der Seltisbergerstrasse hat die Gemeinde aber ein Gesuch einzureichen. Das Geschäft ist auf die morgige Landratssitzung traktandiert. Das Postulat soll nach Meinung des Regierungsrates vom Landrat überwiesen und gleich wieder abgeschrieben werden. Die verkehrspolizeiliche Massnahme soll primär dem Schülerschutz beidseitig der Seltisbergerstrasse dienen.

Enrico Kiefer (FDP) erklärt, mehrheitlich sprechen sich die Fraktionsmitglieder der FDP gegen eine Überweisung des Postulates an den Stadtrat aus, da die Verantwortung beim Kanton liegt. Als ehemaliger Anwohner befürwortete er die Postulatsüberweisung sehr. Bis anhin wurden an und auf der Seltisbergerstrasse schon zahlreiche Katzen überfahren. Und beobachtet man die Automobilisten, die die Burgstrasse hinaufrasen, dürfte einem schon bald einmal klar und bewusst werden, dass viele Raser auch wegen Kindern usw. notfalls nicht mehr rechtzeitig halten könnten. Eine Tempo 30-Zone an der Seltisbergerstrasse macht Sinn.

John Brunner (SVP) hält fest, dass sich seine Fraktion gegen eine Überweisung des Postulates ausspreche. Von der Stadt können verkehrspolizeiliche und –technische Wünsche beim Kanton vorgebracht werden. So sind auf Wunsch der Stadt auch die Rechtsvortritte bei den Seitenstrassen entlang der Seltisbergerstrasse wieder aufgehoben worden. Bezüglich dem Votum seines Vorredners möchte er noch festhalten, dass es Raser auch in der Tempo 30-Zone geben würde.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) möchte Elisabeth Augstburger für die morgige Landratssitzung noch mitgeben, dass vom Kanton noch die Realisierung eines Veloweges zumindest bergwärts geprüft werden sollte.

Peter Küng (SP) meint, im Landrat werde der Vorstoss nicht mehr gross diskutiert, denn die Antwort der Baudirektorin wird sein, dass die Einführung von Tempo 30 Sache der Stadt Liestal ist. Der Einwohnerrat muss deshalb heute das Postulat Nr. 2012/11 an den Stadtrat überweisen und damit ein Zeichen setzen. Gemäss Bundesgerichtsentscheid ist die Einführung von Tempo 30-Zonen auch bei Kantonsstrassen innerorts möglich.

Hanspeter Zumsteg (GL) findet es schon wichtig, dass an der morgigen Landratssitzung nicht bekannt gegeben werden muss, dass der Einwohnerrat am Vortag das Postulat nicht überwiesen hat.

Matthias Zimmermann (SP) betont, dass es in anderen Gemeinden und Kantonen selbstverständlich ist, dass man bei solchen Strassen Tempo 30-Zonen einführt. Das Tiefbauamt unseres Kantons ist diesbezüglich noch stark im Rückstand. Der Einwohnerrat kann doch angesichts der bekannten Problematik und neuen Erkenntnisse das Postulat nicht überweisen, da an der Seltisbergerstrasse in absehbarer Zeit etwas passieren wird. Diese Verantwortung wird der Rat wohl kaum übernehmen können.

Daniel Spinnler (FDP) führt aus, dass bei Einführung der Tempo 30-Zone die Fussgängerstreifen aufgehoben würden. Ob dies den Kindern nützt, ist fraglich. Mit Ausnahme der Katzen sollte nämlich bei vorhandenen Fussgängerstreifen auch allen Verkehrsteilnehmern bekannt sein, wo man die Strassen überquert.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2012/11 wird mit 21 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.

**37 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**14. Bericht Stadtrat zur Interpellation von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Neubau Mobilfunkkommunikationsanlage im Dachraum Kaserne (Nr. 2012/12)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Vreni Wunderlin-Friedli  
CVP/EVP/GLP

Liestal, 28. August 2012

**Interpellation**

**Neubau Mobilfunkkommunikationsanlage im Dachraum Kaserne**

Die Stadt Liestal informierte die Anwohner am Fliederweg über das Baugesuch Nr. 0780/2012 062 der Swisscom, Basel, betreffend Neubau Mobilfunkkommunikationsanlage im Dachraum, Kasernenstrasse 13, Parzelle 1584,4410 Liestal.

Die Einsichtnahme in das Baugesuch und die Einsprachefrist fiel in die Schulferienzeit und war äusserst kurzfristig bemessen.

Offensichtlich ist auch nicht ganz klar, wer angeschrieben wurde.

Ich möchte den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen bitten:

Ist die geplante Antenne auf dem Gitterlisportplatz montiert?

Ist die Antenne vom Burgschulhaus entfernt?

Gib es ein aktuelles Gesamtkonzept der Standorte in Liestal?

Am 26. November 2008 wurde im Büro des ER eine Petition gegen die Mobilfunkantenne auf dem Gitterli entgegengenommen. Wie war hier das weitere Vorgehen.

Hat eine Einsprache überhaupt eine Chance?

Merci für die Beantwortung der Fragen.

Vreni Wunderlin

\* \* \* \* \*

Stadtrat Peter Rohrbach nimmt zu den Fragen bzw. der Interpellation wie folgt Stellung:

- Nein, die auf dem Gitterli-Sportplatz geplante Antenne wird nicht montiert, da der dortige Standort ungeeignet ist.
- Nein, die Antenne vom Burgschulhaus ist noch nicht entfernt worden. Es muss zuerst noch ein Ersatzstandort gefunden werden. Der Ersatzstandort Hotel Engel wurde nicht weiterverfolgt, da die Grundeigentümerin nicht einverstanden war. Grundeigentümerin ist der Kanton und der Standort beim Burg-Schulhaus ist zonenrechtlich in Ordnung.
- Betreffend dem Gesamtkonzept sind im Zusammenhang mit den Vorstössen Nr. 2006/79 Nr. 2008/36 diesbezüglich bereits Angaben gemacht und Unterlagen abgegeben worden. Ein aktualisiertes Konzept bzw. Inventar liegt nicht vor, doch wird daran gearbeitet. Die Antennen-Standorte in Liestal können unter <http://map.funksender.admin.ch> im Internet eingesehen werden.

- Die Petition ist dem Stadtrat am 12.12.2008 als Postulat überwiesen worden. Der stadträtliche Bericht war ein Geschäft der Ratssitzung vom 26.08.2009 und das Postulat ist als erfüllt abgeschrieben worden.
- Die Mobilfunkanlage ist vom Bauinspektorat am 31.07.2011 bewilligt worden. Da die Anlage von der Eigentümerin akzeptiert wird und auch die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind, kann davon ausgegangen werden, dass eine Einsprache wenig Chancen haben dürfte.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) dankt als Interpellantin für die Ausführungen von Stadtrat Peter Rohrbach, wünscht aber die Diskussion.

Gutzwiller Rolf (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass in der Schweiz die Grenzwerte gemäss NIS-Verordnung wesentlich tiefer sind als im EU-Umland. Das führt dazu, dass wir viel mehr Antennen bauen müssen. Das heisst aber auch, dass die mittlere Belastung dennoch tiefer ist, da im Ausland zwar weniger Antennen stehen, diese aber sendestärker sind als bei uns.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass das Ausmass der Bestrahlungen umstritten ist. In Liestal muss aber doch von einer Überdimensionierung gesprochen werden, hatte sie doch 16 Antennenanlagen gezählt. Im betreffenden Gebiet ist eine Ballung an Antennenanlagen feststellbar und eine weitere Antenne in der Kaserne für die Rekruten wird von ihr doch in Frage gestellt. Eine Anwohnerin der Kaserne hatte Einsprache gegen das Bauvorhaben erhoben. Dieser wurde von der Swisscom eröffnet, dass bei einem Rechtsstreit die unterliegende Partei die Gerichts- und Verfahrenskosten zu tragen hätte. Die Einsprache wurde dann von der Einsprecherin entmutigt zurückgezogen. Sie bitte den Stadtrat, die Standorte der Anlagen sorgfältig auszuwählen.

Stadtrat Peter Rohrbach verweist nochmals auf den vorgängig erwähnten Homepage-Link und erklärt, dass dort nebst den Anlagen-Standorten auch die Strahlungen angegeben werden, welche in Liestal doch sehr tief sind.

Ratspräsident Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

*Erledigt nach stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2012/12.*

Schluss der Sitzung: 20.25 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Gerhard Schafroth

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann